

sicherung einzubeziehen. Das erfordert künftig einige Courage von den Politikern, zumal all die guten Errungenschaften der letzten Jahrzehnte ohne Kostenbewußtsein eingeführt werden könnten.

► Muschallik: Frau Focke ist schließlich daran zu erinnern, die längst erwarteten kostendämpfenden Ausführungsbestimmungen zum Krankenhausfinanzierungsgesetz endlich zu erlassen.

► Muschallik: Zweckentsprechende prästationäre Diagnostik in der Praxis würde auch zu Ersparnissen im Gesamtetat der Krankenkassen führen; manche überflüssige Krankenhauseinweisung sei so zu sparen. Mit (nur!) 200 DM durchschnittlichem Kostenaufwand läßt sich ein Patient in der freien Praxis ein ganzes Jahr lang zweckmäßig und ausreichend versorgen. — Derselbe Betrag reicht knapp für ein-einhalb Tage im Krankenhaus.

► Muschallik: Was wirtschaftlich und was notwendig ist, das müssen auch die Kassenärzte in dieser Situation penibel beachten. Mit Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit muß ganz Ernst gemacht werden. Ausgewucherte Leistungen und Leistungserbringungen auch in unserem Bereich zu beschneiden, ist unvermeidlich. Glücklicherweise wächst allenthalben die Einsicht, daß die Phase der sorglosen Ausweitung von Leistungen vorbei ist.

### Einsicht in den Ernst der Lage

Bei allen Bürgern, auch bei den Ärzten, so unterstrich Muschallik abschließend, sind die Einkommenserwartungen in den nächsten Jahren sehr gedämpft. Die Ärzteschaft muß in dieser Situation mit dazu beitragen, die Kostenexpansion zu meistern. Sie gerät sonst in Gefahr, ihre freiheitliche Berufsausübung aufs Spiel zu setzen. Von einem „Einfrieren“ der kassenärztlichen Gesamtvergütungen, wie es einzelne fordern, kann dabei selbstverständlich nicht die Rede sein. Ärzte

und Kassen werden aber einen gemeinsamen Weg der Kostendämpfung finden müssen. Man kann schließlich nicht übersehen, daß *gesetzliche* Maßnahmen sehr schnell getroffen werden könnten, beispielsweise bei den bevorstehenden Bundestagsberatungen über das Sicherstellungsinstrumentarium im Kassenarztgesetz. Oder: Welche Entscheidungen brutaler Art wäre eine etwaige „Große Koalition“ zu treffen in der Lage ...

Es geht also darum, unsere wirtschaftliche Basis zu erhalten, eine befristete Wachstumsverlangsamung aber in Kauf zu nehmen. Dabei setzen wir allerdings voraus, wie Muschallik erneut betonte, daß unser freiheitliches System der ärztlichen Berufsausübung und der Krankenversorgung erhalten bleibt und nicht zum Experimentierfeld für die „Erprobung“ und Durchsetzung von gesellschaftspolitischen Wunschvorstellungen wird! r/DÄ

## DER KOMMENTAR

### Politik und Presse

Prof. Dr. Hans J. Sewering hat zum Abschluß seines Referats bei der berufspolitischen Vortragsveranstaltung in Badgastein, über die auf diesen Seiten berichtet wird, auch noch einmal kurz den Hergang der politisch-publizistischen Kampagne um die angeblichen Arzteinkommen geschildert: beginnend mit den Verlautbarungen des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen und des Parlamentarischen Staatssekretärs im BMAuS, Buschfort, Mitte Januar, über den in der Geschichte der deutschen Nachkriegswirtschaft einzigartigen Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Glombig, das Arzthonorar „einzufrieren“, assistiert vom stellvertretenden Gewerkschaftsbundvorsitzenden Muhr, bis hin zu den hetzerischen Publikationen Anfang Februar in den Massenmedien NDR-Panorama und „Stern“ — welche letztere schließlich eine entsprechende publizistische Gegenwehr der Ärzteschaft ausgelöst haben, um durch die millionenfache Multiplikation in unseren Wartezimmern der gesamten Bevölkerung die wahren Verhältnisse der ärztlichen Berufsausübung und des Gesundheitswesens darzustellen.

An die Ärzteschaft richtete Sewering den Appell, die Presse sehr *differenziert* zu betrachten und zu beurteilen. Heute ist deutlicher denn je eine klare Trennung zwischen der Mehrheit der sachlich argumentierenden und sachlich kritisierenden Presse und einer Minderheit von hetzerischen Organen zu erkennen: Nicht jede Rundfunksendung ist „Panorama“, „Quick“ ist derzeit keineswegs gleich „Stern“ oder „Praline“, die „FAZ“ ist nicht die „Frankfurter Rundschau“, „Bild am Sonntag“ ist nicht gleich der „Münchener Abendzeitung“; und selbst der „Spiegel“, seit Jahren aggressiv gegenüber der Ärzteschaft eingestellt, hat neuerdings einer sachlichen Darstellung des ärztlichen Standpunkts Raum gegeben.

Die Ärzteschaft ist, auch das betonte Sewering, keineswegs von der sachlichen politischen Argumentation zur öffentlichen Aggression gewechselt:

Die Auseinandersetzung mit dem „Stern“ und ähnlich verleumderischen Massenmedien ist und bleibt ein „Nebenkriegsschauplatz“; er darf allerdings nicht vernachlässigt werden. DÄ